

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/002(VII)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 25.10.2019	Hasselbachsaal	15:00Uhr	18:15Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23. 08. 2019 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Fährbetriebszeiten auf jeden Wochentag ausweiten A0150/19
Fraktion DIE LINKE/future!
(VI. WP)
 - 5.1.1 Fährbetriebszeiten auf jeden Wochentag ausweiten S0330/19
BE: Bürgermeister

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 6 | Beschlussvorlagen | |
| 6.1 | Haushaltsplan 2020 - Stellenplan
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0365/19 |
| 6.2 | Gültigkeit der Wiederholungswahl in 1209
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0484/19 |
| 7 | Verschiedenes | |
| 7.1 | Vortrag zum Personal-und Organisationsmanagement 2016 - 2018 | |
| 7.2 | Stellenausschreibung für die Beigeordneten III und IV | |
| 7.2.1 | Stellenausschreibung für die Beigeordneten III und IV
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0527/19 |

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Olaf Meister

Oliver Müller

Jenny Schulz

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Christian Hausmann

Manuel Rupsch

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. SR Rösler

i.V.f. SR'n Dr. Hüskens

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Lydia Hüskens

Jens Rösler

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 23. 08. 2019 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 23. 08. 2019 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Anträge

5.1. Fährbetriebszeiten auf jeden Wochentag ausweiten Vorlage: A0150/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, erklärt den Verzicht auf die Einbringung des Antrages. Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung merkt er an, dass sich ihm die Berechnung hinsichtlich des benötigten Personals nicht erschlossen habe.

Klarstellend verweist der Bürgermeister Herr Zimmermann darauf, dass Fähren immer mit zwei Personen besetzt sein müssen. Eine Ausweitung des Fährbetriebes bedeute somit, dass die entsprechenden Betriebszeiten nur mit zusätzlichem Personal abgesichert werden können. Problematisch sei auch, entsprechendes Personal zu finden, das für den Fährbetrieb geeignet ist und auch zur Verfügung steht. Insbesondere merkt er an, dass eine Ausweitung mit den vorhandenen vier Arbeitskräften nicht abgesichert werden kann.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich des Altersdurchschnitts des Personals führt der Bürgermeister aus, dass nach eigener Erfahrung das Personal bereits seit einigen Jahren bei der Weißen Flotte beschäftigt ist. Eine Aussage zum Altersdurchschnitt könne von ihm jedoch nicht getroffen werden.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, nimmt Bezug auf die in der Vergangenheit bereits mehrfach aufgetretenen Niedrigwasserzeiten und hinterfragt den Einsatz des Fährpersonal während dieser Zeiten.

Beantwortend legt der Bürgermeister dar, dass während dieser Zeiten versucht wird, alternative Einsatzbereiche zu finden, wie z.B. die Durchführung von Wartungs- und Reparaturarbeiten. Ggf. müssen auch Freistellungen ausgesprochen werden, da eine Bezahlung der Arbeitskräfte ohne Alternativeinsätze finanziell nicht tragbar sei.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0150/19 der Fraktion DIE LINKE/future! (VI. WP) in seiner Sitzung am 14. 11. 2019 nicht zu beschließen.

5.1.1. Fährbetriebszeiten auf jeden Wochentag ausweiten Vorlage: S0330/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen

6.1. Haushaltsplan 2020 - Stellenplan Vorlage: DS0365/19

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Der Beigeordnete Herr Platz macht anhand einer PowerPoint-Präsentation Erläuterungen zum Stellenplanentwicklung und den Personalkosten. Dabei geht er auf die Personalstellenentwicklung seit 2002, die Gründe für die Stellenerhöhung in den Dezernaten, die Personalkostenentwicklung seit 2008, den Personalkostenanteil an den Gesamtaufwendungen seit 2019, eine Risikobetrachtung der Personalkostenbedarfsplanung 2020 und den Personalkostenvergleich bei Mittelbereitstellungen zur Personalkostenentwicklung auf der Grundlage des Jahres 2002 ein.

Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

In der sich anschließenden Diskussion dankt Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP, für die gegebenen Erläuterungen. Eingehend auf den Stellenplan nimmt er Bezug auf Seite 33 und trifft die Feststellung, dass sowohl für Teamleiter/in als auch für eine Sachbearbeiterstelle die Entgeltgruppe 11 aufgeführt ist. Er wirft die Frage hinsichtlich der Hintergründe für diese gleiche Vergütung auf.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf bezeichnet es in ihrer Beantwortung als Irrglauben, dass Führungskräfte immer besser vergütet werden als Mitarbeiter. Klarstellend legt sie dar, dass entscheidend hierfür die Aufgaben aus der Arbeitsplatzbeschreibung, die

erforderlichen Zeitanteile sowie die Tätigkeitsmerkmale sind. Mit Hinweis auf die Regelungen im TVöD führt sie als Beispiel an, dass, wenn die Aufgaben eines Sachbearbeiters einen Zeitanteil von 30 % ausmachen und zusätzlich ein 10 %iger Zeitanteil für Führungsaufgaben anfällt, dies keine Entgeltgruppenerhöhung ausmacht, da hierfür ein Gesamtanteil von 50 % erforderlich ist.

Zum Hinweis des Stadtrates Rupsch, Fraktion CDU/FDP, hinsichtlich der örtlichen Verteilung der Bildungskoordinatoren sowie der Mitarbeiter des Teams Protokoll und Städtepartnerschaften dankt der Oberbürgermeister für den Hinweis, macht aber darauf aufmerksam, dass die Entscheidung hierüber ihm obliegt.

Im Weiteren nimmt Stadtrat Rupsch Bezug auf Seite 73 des Stellenplanes und wirft die Frage auf, was sich hinter der hier aufgeführten Stelle SB Clustermanagement verbirgt.

Hierzu informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass Hintergrund die auf Wunsch des Dezernates III geplante Übernahme von Mitarbeitern der GWM ist. Ob jedoch die Mitarbeiter diese Übernahme wirklich wahrnehmen wollen, werde derzeit besprochen.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, macht darauf aufmerksam, dass die Stelle des Teamleiters Wissenschaft in absehbarer Zeit nicht mehr besetzt sein wird. Sie bezeichnet es als wünschenswert, die Stelle zukünftig einem anderen Dezernat zuzuordnen. Mit dem Hinweis auf ein Einsparungspotenzial bei Personalkosten legt sie ihre Auffassung dar, dass diese Stelle um eine Vergütungsgruppe reduziert werden sollte. Hinsichtlich der Stelle des persönlichen Referenten des Oberbürgermeisters sieht sie die vorgesehene Vergütung als nicht gerechtfertigt an.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass die Bewertungen der benannten Stellen auf der Grundlage klarer Vorgaben zu den Aufgabenanforderungen, welche Inhalt der Arbeitsplatzbeschreibungen sind, vorgenommen wurden. Diese Bewertungen erfolgten durch eine Bewertungskommission. Insbesondere verweist er darauf, dass Auffassungen des Stadtrates hinsichtlich Stellenvergütungen nicht relevant seien und auch die Stellenzuordnung in seiner Entscheidungsbefugnis liegt. Der Stadtrat beschließt über die Anzahl der Stellen, aber hinsichtlich der Stellenverteilung hat der Stadtrat kein Mitspracherecht.

Der Beigeordnete Herr Platz ergänzt, dass Entgeltveränderungen nur entsprechend Aufgabeninhalten vorgenommen werden könnten. Diese Aufgabeninhalte werden jedoch durch den Oberbürgermeister im Rahmen seiner Personal- und Organisationshoheit festgelegt. Bezug nehmend auf die erwähnte Bewertungskommission informiert er, dass in dieser Vertreter des Amtes 30, des Amtes 14, des Fachbereiches 01 sowie des Personalrates mitwirken und somit die erforderliche Kompetenz gegeben ist.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die Problematik, dass dem Stadtrat bereits bekannt sei, wer welche Stelle besetzt und bezeichnet es als schwierig, so dem Stellenplan zuzustimmen.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass das Team Wissenschaft bereits seit 14 Jahren seinem Bereich zugeordnet ist und dies auch so bleibt. Begründend verweist er auf die Wichtigkeit der Aufgaben dieses Bereiches für die Stadt Magdeburg. Insbesondere benennt er die Zusammenarbeit mit der Universität. Er merkt an, auch weiterhin die Möglichkeit der Einflussnahme auf diese anspruchsvollen Aufgaben der Kooperation haben zu wollen. Im Weiteren verweist er auch auf Aufgaben im Rahmen europäischer Förderprogramme, die Durchführung der „Langen Nacht der Wissenschaft“ sowie des „Robocup“.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, stimmt den Ausführungen des Oberbürgermeisters zu. Er legt seine Auffassung dar, dass eine Zuordnung der Stelle zum Bereich des Oberbürgermeisters eine bestimmte Außenwirkung erzielt. So werde der Universität verdeutlicht, wie wichtig der Stadt Magdeburg eine Kooperation sei.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, betont, keine Kritik an der Arbeit des Teamleiters Wissenschaft zu üben. Dieser werde jedoch bald nicht mehr zur Verfügung stehen. Für ihn stellt sich die Frage, ob es gewollt sei, dass dieser Bereich so bleibt wie bisher, oder ob er an einer anderen Stelle verortet werden kann.

Der Oberbürgermeister gibt nochmals den Hinweis auf die Nichtzuständigkeit des Stadtrates. Die Zuordnung der Stellen und deren Vergütung ist Aufgabe des Oberbürgermeisters und hierfür haftet er auch.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP, wirft die Frage nach dem Stand der Besetzung der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes auf.

In Beantwortung der Frage macht die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf erläuternde Ausführungen. Im Ergebnis des geführten gerichtlichen Verfahrens erfolgte der Entschluss die bisherige Ausschreibung aufzuheben und eine Neuausschreibung vorzunehmen.

Mit Verweis auf die bereits erfolgte Entscheidung des Verwaltungsausschusses zur Besetzung der Amtsleiterposition hinterfragt Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, was am Verfahren vom Gericht gerügt wurde.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 informiert, dass es in dem Rechtsschutzverfahren darum ging, dass ein Bewerber auf Grund Eignungsmangel ausgeschlossen wurde. Sie führt aus, dass die Position durch einen Beamten besetzt werden muss mit der Zugangsvoraussetzung eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums. Im Jahr 2015 erfolgte eine Neuregelung der Laufbahnverordnung auf deren Grundlage seitens der Verwaltung die Stellenbesetzung durch einen Mitarbeiter erfolgen sollte, der in der Verwaltung bereits einen bestimmten Laufbahnaufstieg durchlaufen hat.

Seitens des Gerichtes wurde moniert, dass dies so nicht präzise genug formuliert wurde.

Die anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka nimmt Bezug auf im Amt 37 neu zu besetzende 10 Stellen und trifft die Feststellung, dass noch zu wenige Mädchen und Frauen, die sich im Ehrenamt engagieren, für eine Stellenbesetzung berücksichtigt werden. Frau Ponitka verweist darauf, dass nunmehr eine Überarbeitung der Zugangsanforderungen erfolgte und neue Kriterien anzuwenden sind.

Sie bezeichnet es als interessant zu sehen, ob in den nächsten Jahren mehr Frauen nach den neuen Kriterien eingestellt werden können, d.h. ihr Anteil am Personalbestand erhöht wird.

Der Oberbürgermeister führt aus, dies als Auftrag an das Amt 37 zu betrachten, zukünftig hierauf mehr Beachtung zu legen.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Stellenplan zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0365/19 in seiner Sitzung am 09.12. 2019 zu beschließen.

6.2. Gültigkeit der Wiederholungswahl in 1209
Vorlage: DS0484/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Der Beigeordnete Herr Platz macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, legt seine Auffassung dar, es persönlich als nicht gut zu befinden, dass das gesamte bereits seit Jahren im Wahllokal tätige Personal für die Wiederholungswahl ausgetauscht wurde.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0484/19 in seiner Sitzung am 14. 11. 2019 zu beschließen.

7. Verschiedenes

7.1. Vortrag zum Personal- und Organisationsmanagement 2016 -
2018

Bezug nehmend auf den vorliegenden Bericht zum Personal- und Organisationsmanagement für die Jahre 2016 – 2018 macht die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf anhand einer Power-Point-Präsentation erläuternde Ausführungen.

Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Im Anschluss äußert Stadtrat Schuster, Fraktion CDU/FDP, die Bitte, bei der Erarbeitung des Berichtes zum Personal- und Organisationsmanagement zukünftig darauf zu achten, für die verwendeten Abkürzungen eine entsprechende Legende beizufügen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug darauf, dass im Bericht mehrfach von einem Besetzungstau die Rede sei. Er wirft die Fragen auf, wie es gelungen ist, diesen abzubauen und welches Dezernat hiervon besonders betroffen ist.

Im Weiteren erfolgt durch den Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung eine Präsentation zum Projekt „Mitarbeitergewinnung und –bindung in Zeiten demographischen Wandels“.

Er geht dabei auf die Stellenentwicklung in den einzelnen Dezernaten ein, macht Ausführungen zur Problematik des entstandenen Stellenaufwuchses und benennt Gründe für die steigende Fluktuationsrate. Weiterhin gibt er eine Darstellung des planmäßigen Austritts von Beigeordneten, Amtsleitern und Fachbereichsleitern bis 2024 und informiert zur Entwicklung des Krankenstandes sowie zu kurzfristigen Maßnahmen zur Stellenbesetzungsbeschleunigung und zum Teilprojekt Stellenbesetzungscontrolling.

Hinweis: Die Präsentation ist Bestandteil der Anlage 2

Im Rahmen der folgenden Diskussion informiert Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, über seine aus Gesprächen mit allen Beigeordneten gewonnene Erkenntnis, dass das derzeitige Stellenbesetzungsverfahren nicht positiv gesehen wird. Er wirft die Frage auf, ob hinsichtlich der Stellenbesetzung alle Dezernate gleich behandelt werden. Bezüglich der bestehenden Taskforce fragt er nach, ob sich hierfür Mitarbeiter freiwillig melden bzw. wie sich der Bestand an Mitarbeitern ergibt. Ebenfalls hinterfragt er, wie sich der Krankenstand im Fachbereich 01 darstellt.

Eingehend auf die Frage nach der Gleichbehandlung der Dezernate bestätigt der Oberbürgermeister ein bestehendes Unbehagen der Beigeordneten, welche genau wie er damit unzufrieden sind, dass ein Besetzungsverfahren immer noch zu lange dauert.

Er legt dar, dass in der Stellenbesetzung der Schwerpunkt bei den Dezernaten V und VI liegt. Hier wurde dem Angebot gefolgt, Teile der Stellenbesetzungen selbst durchzuführen und damit gute Erfolge erzielt.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet im Dezernat I die im Rahmen der Flüchtlingssituation 2015 erhöhte Anzahl an Personal in der Ausländerbehörde. Hinsichtlich des Krankenstandes führt er aus, dass im Zusammenhang mit den unbesetzten Stellen derzeit jede 5. Stelle nicht besetzt ist. Er schätzt ein, dass sich diese Situation in den nächsten Jahren nicht bessern wird.

Der Oberbürgermeister versichert, dass es keine bevorzugten bzw. benachteiligten Bereiche gibt. Zudem sei er sicher, dass mit den zusätzlichen vier neuen Mitarbeitern im Fachbereich 01 die Verfahren Schritt für Schritt optimiert werden können.

Der Beigeordnete Herr Platz informiert über Überlegungen, Stellenbesetzungsverfahren so transparent zu machen, dass Jeder Einblick nehmen kann. Hierzu werden regelmäßige Berichterstattungen sowohl in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters als auch im Verwaltungsausschuss erfolgen.

Er merkt an, dass mit der Thematik offensiv umgegangen wird, Jedoch sind bei den Verfahren eine Vielzahl von Kriterien, wie z.B. die Beteiligung des Personalrates, zu beachten. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass es parallel zu den bereits laufenden Maßnahmen ein Projekt zur Mitarbeiterfindung und –bindung ab 2020 geben soll. Hierzu werden Überlegungen angestellt, wie der kritischen Arbeitsmarktsituation entgegengetreten werden kann, wie z.B. durch eine Verbesserung der Ausschreibungen, Unterbreitung zusätzlicher attraktiver Angebote, Gesundheitsmanagement.

Bezüglich des Krankenstandes hinterfragt Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, ob als Ursache eine Überalterung des Personals anzunehmen sei.

Hierzu informiert die Leiterin des Fachbereiches 01, dass der derzeitige Altersdurchschnitt bei 47,1 Jahren liegt, bundesweit liege der Durchschnitt bei 42 Jahren.

7.2. Stellenausschreibung für die Beigeordneten III und IV

7.2.1. Stellenausschreibung für die Beigeordneten III und IV

Vorlage: DS0527/19

Den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses liegt die DS0527/19 – Stellenausschreibung für die Beigeordneten III und IV – vor.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Gleichstellungsbeauftragte nimmt Bezug auf die in den Ausschreibungstexten enthaltene Passage **Weitere Informationen** hinsichtlich des Engagements für Chancengleichheit. Sie hinterfragt kritisch, warum unter den aufgeführten Kategorien die Kategorie Geschlecht nicht aufgenommen wurde. Sie hält dies für wichtig, da sonst die Gefahr rechtlicher Probleme bestehen könnte.

Der Oberbürgermeister sagt zu, diese Kategorie in den endgültigen Text aufnehmen zu lassen.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, hält dies ebenfalls für wünschenswert und schlägt vor, im Ausschreibungstext eine Formulierung aufzunehmen, dass Frauen ausdrücklich aufgefordert werden, sich zu bewerben. Sie begründet, dass sich mit dieser Formulierung eine bessere Bewerberlage ergeben wird.

Der Oberbürgermeister stimmt dem Vorschlag zu.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, informiert über die Auffassung ihrer Fraktion, dass die Bezeichnungen der Beigeordneten bereits im Titel des Ausschreibungstextes aufgeführt werden sollten.

Hierzu macht der Beigeordnete Herr Platz darauf aufmerksam, dass durch den Stadtrat die Beigeordneten gewählt werden, dem Oberbürgermeister jedoch die Aufgabenverteilung vorbehalten ist. Dies werde auch so in der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg festgehalten.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die aktuellen Aufgaben der Beigeordneten in der Ausschreibung enthalten sind.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, verweist darauf, dass die neue Hauptsatzung noch nicht beschlossen wurde und somit die Regelungen der bisherigen Hauptsatzung gelten. Eingehend auf die im Ausschreibungstext enthaltene Formulierung hinsichtlich des Vorbehalts einer Änderung der Geschäftsverteilung äußert er seine Vorstellung, dass durch eine genaue Darstellung der Aufgaben, die Ausschreibung bei einer Veröffentlichung in Medien mehr Beachtung finden wird. Er unterstützt den Vorschlag hinsichtlich der Aufnahme der Bezeichnung der Beigeordneten.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, spricht sich dafür aus, wenn speziell Frauen zur Bewerbung aufgefordert werden sollen, auch Diverse hier mit einzubeziehen. Bezüglich der Veröffentlichung wirft er die Frage zur Bedeutung der Formulierung „Veröffentlichung im Internet“ auf.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf führt aus, dass im Beschlussvorschlag der Drucksache aufgeführt sei, wo die Veröffentlichung erfolgen soll. Zur Internetveröffentlichung erklärt sie, dass hiermit die Internetseiten der Landeshauptstadt Magdeburg gemeint sind. Hinsichtlich der Veröffentlichung im Internet verweist sie darauf, dass dieses automatisch bundesweit vernetzt ist. Andere Internetplattformen sind nicht vorgesehen.

Mit Hinweis auf die zukünftige Oberbürgermeisterwahl spricht sich Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future! dafür aus, sowohl die männliche als auch die weibliche Form der Bezeichnung zu wählen.

Eingehend auf den Ausschreibungstext hinterfragt sie die Bedeutung der Formulierung „einschlägiges Hochschulstudium“.

Beantwortend erläutert die Fachbereichsleiterin 01 Frau Mittendorf, dass hiermit ein wissenschaftlicher Universitätsabschluss gemeint sei. Nur der Abschluss als Bachelor ist nicht ausreichend.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, wirft die Frage nach den Gründen auf, warum die verschärfte Voraussetzung eines Hochschulabschlusses gewählt wurde.

Die Fachbereichsleiterin 01 Frau Mittendorf verweist darauf, dass es sich bei der Vorgabe lediglich um einen Vorschlag handelt. Insbesondere merkt sie an, dass auch für Amtsleiter und Fachbereichsleiter ein Hochschulabschluss Voraussetzung sei. Zudem habe ein Beigeordneter die Kompetenz, bestimmte Sachvorgänge selbst zu entscheiden. Vor diesem Hintergrund sollte die Leitung eines Dezernates durch einen wissenschaftlichen Abschluss abgedeckt sein.

Ergänzend informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass das Verfahren einer gerichtlichen Nachprüfbarkeit bis zur Wahl unterliegt. Bis dahin ist darauf zu achten, dass es keine Benachteiligung eines Bewerbers gibt. Er macht darauf aufmerksam, dass, wenn heute die Anforderungen gesenkt werden, es viele Bewerber geben könnte. Wenn durch diese die entsprechenden Anforderungen erfüllt sind, müssen sie zur Wahl zugelassen und im Verwaltungsausschuss angehört werden.

Eine Wahl ist nicht nachprüfbar, das Verfahren im Vorfeld jedoch schon. Somit besteht die Möglichkeit, dass ein Bewerber hiergegen vorgehen kann.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, stellt die Frage, ob Bewerber Anspruch darauf haben, angehört zu werden, wenn sie die entsprechenden Anforderungen erfüllen.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass es kein Muss sei, Anhörungen durchzuführen. Im Ausschreibungstext sei enthalten, dass Bewerber über bestimmte Leitungserfahrungen verfügen müssen. Er sieht es als sinnvoll an, wenn bestimmte Qualitätsanforderungen gestellt werden, da es sich bei einer Beigeordnetentätigkeit um eine herausgehobene Position handelt.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, stimmt der Auffassung des Oberbürgermeisters zu, dass die Person, welche eine Beigeordnetenposition übernimmt, über bestimmte Kenntnisse und Erfahrungen verfügen muss.

Sie sieht es als problematisch an, bereits in der Ausschreibung die Anforderungen zu beschränken, da somit die Gefahr besteht, dass ein Bewerber zwar für die Ausübung der Position geeignet wäre, auf Grund der Anforderungen jedoch nicht in die Auswahl kommt. Sie wirft die Frage nach der Möglichkeit auf in der Ausschreibung zu formulieren, dass sich der derzeitige Inhaber der Position nicht wieder bewirbt.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass sich ihm nicht erschließe, wie ein Beigeordneter ohne bestimmte Verwaltungserfahrungen ein Dezernat leiten kann.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, spricht sich dafür aus, in der Ausschreibung so wenig wie möglich Einschränkungen vorzunehmen und weniger strenge Vorschriften zu machen.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass bei der Tätigkeit eines Beigeordneten nicht politische Aspekte im Vordergrund stehen. Entscheidend sei die fachliche Kompetenz.

Der Beigeordnete Herr Platz macht darauf aufmerksam, dass die Anforderung hinsichtlich einer dreijährigen Führungserfahrung nicht auf die öffentliche Verwaltung eingeeengt ist.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, unterbreitet den Kompromissvorschlag zu formulieren, dass die dreijährige Führungserfahrung wünschenswert sei.

Hierzu wird von der Fachbereichsleiterin 01 Frau Mittendorf der Hinweis gegeben, dass mit dieser Formulierung ein hartes Kriterium für eine Vorauswahl entfallen würde.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, vertritt die Auffassung, dass mit der Formulierung „einschlägig“ nicht klar sei, welcher Abschluss gemeint sei und spricht sie dafür aus, hier eine klarere Formulierung zu wählen.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, spricht sich für eine Beibehaltung dieser Formulierung aus. Er legt seine Auffassung dar, dass bestimmte Vorgaben gemacht werden sollten. So könne ausgeschlossen werden, dass bei einer zu unkonkreten Ausschreibung auch Bewerbungen eingehen, welche für die Position nicht infrage kommen.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP, regt an, auch für die Anforderung eines wissenschaftlichen Abschlusses die Formulierung „wünschenswert“ zu ergänzen. Hiermit könne ein Anreiz für entsprechende Bewerbungen geschaffen werden.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, plädiert nochmals dafür, im Ausschreibungstext hinsichtlich des Studienabschlusses auf die Formulierung einschlägig und wissenschaftlich zu verzichten. Ebenso sollte die Anforderungsformulierung hinsichtlich Laufbahnbefähigung und Amt der Besoldungsgruppe A 15 durch ein „oder“ getrennt werden.

Auf Nachfrage des Beigeordneten Platz, wie die Verwaltung jetzt weiter vorgehen soll wirft Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, die Frage nach der Möglichkeit einer Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vor der Sitzung des Stadtrates am 14. 11. 2019 auf.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, unterbreitet den Vorschlag, die vorliegende Drucksache für eine Beschlussfassung im Stadtrat zu empfehlen und zur Sitzung des Stadtrates entsprechende Änderungsanträge vorzulegen. Hierzu sollte eine Abstimmung zwischen den Fraktionen erfolgen.

Im Ergebnis der geführten Diskussion zieht der Oberbürgermeister das Fazit, dass zur Sitzung des Stadtrates Änderungsanträge der Fraktionen eingebracht werden und die Drucksache an den Stadtrat weitergereicht wird.

7.3. Informationstafel im Rathaus

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, regt an, die Bezeichnungen der Ausschüsse, wie z.B. BSS, künftig für eine bessere Übersichtlichkeit auszuschreiben.

Er merkt an, davon ausgegangen zu sein, dass auch die Sitzungen der Fraktionen hier angezeigt werden und wirft die Frage auf, unter der Voraussetzung, dass das auch alle Fraktionen wünschen, ob dies möglich sei.

Die Leiterin des Teams 3 im BOB Frau Dr. Ignatuschtschenko merkt an, dass sich für die Anzeige der Informationstafel des internen Raumbelungsprogramms bedient wird und die Sitzungen der Fraktionen hier nicht enthalten sind. Insbesondere macht sie darauf aufmerksam, dass für die vorgeschlagene Anzeige ein erhöhter Arbeitsaufwand für die dafür verantwortlichen Mitarbeiter verbunden wäre.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob diese Anzeige auch von anderen Fraktionen gewünscht ist, gibt es keine zustimmenden Äußerungen.

7.4. Belegexemplare für Fraktionen

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht kritisch auf das Verfahren ein, den Fraktionen keine Belegexemplare von Verhandlungsgegenständen für Stadtrat und Ausschüsse mehr auszureichen. Er legt dar, dass es die Arbeit der Fraktionen erleichtern würde, wenn diese wieder ausgereicht würden, da das Ausdrucken der entsprechenden Dokumente einen höheren Papierverbrauch und Arbeitsaufwand in den Fraktionen verursacht.

Der Oberbürgermeister sagt zu, eine entsprechende Prüfung zu veranlassen.

7.5. Personalversammlung

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf die stattgefundene Personalversammlung und fragt, ob hier Schwerpunkte angesprochen wurden, über die die Fraktionen informiert werden müssten.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass ein Schwerpunkt die Mitarbeiterumfrage hinsichtlich deren Einschätzung der betrieblichen Situation sei. Im Ergebnis konnte eine positive Einschätzung festgestellt werden. 90 % der Befragten gaben an, gern in der Verwaltung zu arbeiten.

Weitere Schwerpunkte waren ein Vortrag des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung zum Thema Stellenbesetzungsverfahren sowie die Datenpanne der KID in Bürgerbüro und Standesamt.

Hinsichtlich der Problematik Datenpanne ergänzt der Beigeordnete Herr Platz, dass der hiermit verbundene erhebliche Arbeitsaufwand die Mitarbeiter bewegt. Zur Behebung des eingetretenen Datenverlustes bleiben bis zum Jahresende die Bürgerbüros mittwochs generell geschlossen. Insbesondere verweist er darauf, dass die Behebung des Datenverlustes nur durch die Ableistung von Überstunden durch die Mitarbeiter bewältigt werden kann.

7.6. Fraktionsgeschäftsführung

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, nimmt kritisch Bezug auf die Herabstufung der Entgeltzahlung für die Geschäftsführerin seiner Fraktion und merkt an, dass der diesbezügliche Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes immer noch nicht vorliegt. Er informiert über die Vorbereitung eines Schreibens mit dem Inhalt, die Zustimmung der Verwaltung zu erhalten, dass seine Fraktion hiergegen gerichtlich vorgehen kann. Die Herabstufung wird durch die Mitglieder seiner Fraktion als ungerecht empfunden.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dies prüfen zu lassen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin